

Der lange Schatten des Krieges

AZ
15.10.99

Vor genau 55 Jahren zogen die deutschen Besatzungstruppen aus Athen ab. Sie verließen am 12. Oktober 1944 die griechische Hauptstadt. Der bekannte Historiker und Professor für Neuere Geschichte an der Universität Athen, Dr. Hagen Fleischer, nimmt dies zum Anlaß für einen Rückblick auf die deutsch-griechischen Beziehungen vor dem Hintergrund des "Kriegerbes".

von
Prof. Dr. HAGEN FLEISCHER

Der Langzeiteffekt von Sternstunden ist strittig. Doch wie dem auch sei: Zu den Sternstunden in den deutsch-griechischen Nachkriegsbeziehungen zählt zweifellos der 24. Juni 1987, als der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker - auf Anregung des Athener Botschafters Rüdiger von Pachelbel - die Opfer der deutschen Okkupation 1941-1944 am Hinrichtungsplatz Kaisariani ehrt und bekennt: *"Diese Gedenkstätte ist unlösbar mit der Geschichte Ihres und meines Volkes verknüpft... Kein Mensch, zumal kein Deutscher, kann hier stehen, ohne von der Botschaft dieses Ortes tief berührt zu sein"*. Und ohne zu stocken, nennt er - noch vor den griechischen Opfern des Holocaust - ein halbes Dutzend Namen, die in Hellas einen blutigen Klang haben, stellvertretend für ungezählte Massaker und zerstörte Ortschaften: Kalavryta, Distomo, Klissura, Kommemo, Lyngiades, Kandanos. Diese Ehrung erregt allgemeines Aufsehen, bricht sie doch mit einer jahrzehntelangen Verdrängungsstrategie der deutschen Griechenlandspolitik. Im Nürnberger Nachfolgeprozess gegen die „Südostgenerale“ (1947/48) hatten die Deutschen Gelegenheit er-

halten, sofern sie wollten, sich über die blutige Praxis der eigenen Besatzungsherrschaft auf dem Balkan zu informieren. Doch die unpopulären Prozeßberichte überschritten sich im Westen mit den Meldungen vom griechischen Bürgerkrieg, den Greueln eben jener „roten Banditen“, die schon gegen die Wehrmacht gekämpft hatten - als Organe des Weltkommunismus, der nun die ganze Freie Welt bedrohte. Aktuelle Frontmeldungen verschmolzen beim Leser mit der Argumentation der angeklagten Militärs, die Nachkriegsentwicklung in Hellas rechtfertigte die antikommunistischen Aktionen der Besatzungsmacht. Aber auch die in der Sowjetzone gültige Version, derzufolge das griechische Volk seinen gegen die Nazis begonnenen Kampf nun gegen die westlichen Imperialisten fortsetze, vermittelte das angenehme Gefühl, auf der richtigen Seite zu stehen.

Lagerdenken durch den Kalten Krieg

Die „Wiederholung“ im Bürgerkrieg von Frontstellungen aus dem Weltkrieg überlagerte somit für viele Deutsche die Erinnerung an die peinlichste Periode in den deutsch-griechischen Beziehungen: Westliches wie auch östliches Interpretationschema waren auf einen ideologisch opportunen Hauptschuldigen fixiert, was die „Bewältigung“ der eigenen augenscheinlich von der Aktualität überholten Vergangenheit vereinfachte.

Dementsprechend kultivierten beide griechischen Lager, auf Jahrzehnte hinaus, antideutsche Ressentiments nur einäugig: das Erbe (und die Erben) totalitärer Menschenverachtung wurden im Herrschaftsbereich der jeweiligen ideologischen Antipoden lokalisiert, wenn nicht institutionalisiert. Nach Bedarf ließ sich historische Verdammung oder zukunfts-trächtige Kooperation akzentuieren, ohne den wahlverwandten deutschen Staat zu vergrämen. Die Bundesrepublik profitierte nach Wiederaufnahme der Beziehungen 1950/51 davon,

daß sie sich als „Frontstaat“ im gleichen Lager mit der Athener Regierung befand, die gegenüber den Bonner Vertretern die Wichtigkeit eines deutschen Verteidigungsbeitrags für die Freie Welt u.a. mit den antisowjetischen Meriten der Wehrmacht begründete...

In der siegreichen Koalition des griechischen Bürgerkriegs hatte sich der extrem-royalistische Flügel durchgesetzt; dieser erhob einen engen, autoritären Nationalismus zur allein gültigen „Ideologie“ - auch in der Besatzungshistorie. In grotesker Umkehrung aller Werte wurde die weitaus größte und aktivste Widerstandsorganisation, die alle Volksschichten umfassende, doch von den Kommunisten dominierte EAM, als „verräterisch“ verfeimt, die Kollaborationsgruppen hingegen zunehmend in den „Nationalen Consensus“ integriert. Zwar hätten sie deutsche Waffen genommen, diese aber gegen den weit schlimmeren, inneren Feind der Nation gerichtet.

So weiß man sich deutscherseits im Gleichklang mit dem offiziellen Athen, wenn Botschaftsberichte die Widerstandskämpfer als „Banditen“ abqualifizieren und dafür plädieren, die Kollaborateure wieder salonfähig zu machen.

„Kriegsverbrechen“ in Anführungszeichen

Mit derartigen Rückfällen in die Terminologie der Besatzungszeit - die man sich in anderen Hauptstädten kaum erlauben hätte - wird die Wehrmacht weitgehend exkulpiert, zumal Diplomaten und Auswärtiges Amt Begriffe wie „Kriegsverbrechen“ in Anführungszeichen setzen oder mit Hilfe des verräterischen Attributs „sogenannte“ entkräften. Nicht zu leugnende Verbrechen der Besatzungsmacht werden auf die breiten Schultern der SS abgeladen, womit den „regulären“ Truppen Ablass gewährt wird.

Dankbar entsinnt man sich des Bürgerkriegs. 1951 berichtet Geschäftsträger Knoke nach Bonn: „Nur den ebenso verwerflichen Untaten der

kommunistischen Banditen ist es zu danken, wenn die Erinnerungen an die Untaten der SS jetzt in Griechenland etwas verblaßt sind.“ Die damit geschaffene Sprachregelung erhält eine Eigendynamik. So wird 1956 Bundespräsident Heuss vor seinem Griechenlandbesuch historisch eingestimmt: *„Glücklicherweise sind die Begebenheiten zur Zeit der deutschen Besetzung durch die Grausamkeiten des griechischen Bürgerkriegs überdeckt worden“*. Folgerichtig zählt König Pauls (unwahre) Behauptung, der Bürgerkrieg habe mehr Opfer gefordert als die Besatzungszeit, zu den Lieblingszitatens deutscher Diplomaten.

Akzentverschiebung unter Willy Brandt

Die Opportunitätperspektive der jüngsten Vergangenheit bestimmt die Bonner Haltung zumindest bis in die späten Sechzigerjahre. Erst die letzten infolge der 30-Jahressperrfrist offiziell zugänglichen Akten lassen eine Akzentverschiebung unter Außenminister Willy Brandt ahnen. Bis dahin finden sich in den Schönwetter-Reden aus offiziellem Anlaß, etwa bei Staatsbesuchen - neben lyrischen Ausführungen zu den Philhellenen des 19. Jahrhunderts, zu Hölderlin und Stefan George - selten mehr als unspezifizierte Hinweise auf „Schatten der Vergangenheit“ oder „Kriegsereignisse“, welche die traditionelle deutsch-griechische Freundschaft nur kurz getrübt hätten.

In internen Schriftstücken werden zwar aus konkretem Anlaß auch deutsche Repressalien und Terrormaßnahmen erwähnt, doch zumeist als „Selbstschutz“ apostrophiert.



Bürgermeister Dimitris Avramopoulos bei der diesjährigen Gedenkfeier zum Abzug der deutschen Truppen aus Athen

Damit findet sich die Diplomatie in Einklang mit der westdeutschen Justiz. Der einzige Fall, in dem letztere Anklage wegen Tötung von Griechen (1944 auf Kreta) erhebt, endet mit einem Freispruch, denn bei Partisanenaktionen sei „aus dem Gesichtspunkt völkerrechtlicher Notwehr“ die standrechtliche Erschießung auch unbewaffneter Zivilisten legitim, sofern sie „nicht sofort als harmlos zu erkennen waren“! Wegen der Massaker in Distomo, Kalavryta und anderswo kam es noch nicht mal zur Klageerhebung.

Zweifel am Vergessen

Ein Topos bundesdeutscher Bestandsaufnahmen ist die Feststellung, die traditionelle Deutschfreundlichkeit der Griechen sei weiterhin im Zunehmen, „wenn auch die Kriegs- und Besatzungszeit noch nicht ganz vergessen ist“. Ein ursächlicher Zusammenhang scheint durch: Soll Freundschaft in alter Stärke restauriert werden, ist das Vergessen zu forcieren. Die deutsche Seite tut ihr Bestes, ist jedoch im Zweifel, wie weit bei den Griechen der Vergessensprozeß fortgeschritten ist. Erhebliche Geldmittel werden daher diskret in die „Öffentlichkeitsarbeit“ investiert; 1960 etwa waren 72% der „eindeutig positiven“ Deutschlandbeiträge in griechischen Zeitungen „von der Botschaft lanciert, inspiriert oder sonstwie beeinflusst“. (Fortsetzung in der nächsten Ausgabe)